

## Newsletter 05/09

economicsuisse



## Milliardenschwere Konjunkturprogramme gefährden Standortattraktivität

Zusätzliche finanz- und fiskalpolitische Massnahmen haben in der Schweiz nur eine unbefriedigende konjunkturstützende Wirkung. Die Geldpolitik und die automatischen Stabilisatoren sind effektiver. Das zeigt eine Studie von economicsuisse. Ein umfangreiches drittes Konjunkturprogramm würde vor allem die Verschuldung erhöhen und damit der Standortattraktivität der Schweiz schaden. [mehr >](#)



Pascal Gentetta  
Direktor economicsuisse

### Bitte keine Regulierungswelle im Aktienrecht

Unser Wirtschaftsstandort ist derzeit mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Nicht nur der Druck aus dem Ausland, sondern auch innenpolitische Forderungen beeinflussen die Rahmenbedingungen der Zukunft. Mit der laufenden Aktienrechtsrevision wird die Organisationsautonomie der Schweizer Unternehmen neu definiert. Mit Blick auf vergangene Lohnexzesse ist es absolut berechtigt, die Rechte der Aktionäre im Sinne einer „good governance“ mit einer klaren Zuordnung von Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zu stärken. Allerdings besteht bei diesem Revisionsvorhaben die Gefahr, dass unser Land vom liberalen Erfolgsmodell abkommt und den Verlockungen einer Überregulierung verfällt. So will die ständerätliche Rechtskommission einige zum Teil abstruse Forderungen der Initiative „gegen die Abzockerer“ aufnehmen. Dass damit unsere Unternehmen beispielsweise gezwungen würden, arbeitsvertragliche Details in den Statuten festzulegen und damit de facto zu betonen, ist nur eine von vielen unsinnigen Vorschriften, mit denen der ganzen Wirtschaft einen Bärendienst erwiesen würde. Unser freiheitliches Umfeld, wozu auch ein liberales Aktienrecht gehört, hat in der Vergangenheit zahlreiche international tätige Unternehmen angezogen, die hier Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen haben. Und: Früher oder später werden auch die KMU mit den Folgen dieses Regulierungsdrangs zu kämpfen haben. Wer unser bewährtes, liberales Aktienrecht jetzt einer Überregulierung opfern will, spielt deshalb mit einem heissen Feuer.

### Die SGK-S hat sich bei der 11. AHV-Revision verrechnet

Eigentlich war der Auftrag an die 11. AHV-Revision unbestritten: ein erster Schritt zur Sicherung der AHV-Finanzen bis 2020. Die Ständeratskommission hat an ihrer letzten Sitzung vom April das Gegenteil erreicht: Sie beschloss Mehrausgaben. Gespart werden soll erst ab 2021. [mehr >](#)

**Grafik des Monats:** Antizyklische Impulsprogramme im internationalen Vergleich

### Reisefreiheit bleibt gewährleistet

Mit 50,1 Prozent hat die Schweizer Stimmbevölkerung am 17. Mai 2009 das revidierte Ausreisegesetz angenommen. Dieses Ja ermöglicht es, den Schweizer Pass auf den aktuellen Stand der Technik zu bringen und dadurch den Schutz vor Fälschungen wesentlich zu verbessern. Der Schutz der persönlichen Daten stellt ein wichtiges Anliegen dar. Wie bisher ist auch bei den biometrischen Pässen dem Datenschutz grösste Bedeutung beizumessen. [mehr >](#)

### Verzicht auf Revision: Frist bis 30. Juni 2009 beachten!

Seit Anfang 2008 müssen alle Kapitalgesellschaften und Genossenschaften ihre Jahresrechnungen von einer zugelassenen Revisionsstelle prüfen lassen. Kleine Unternehmen können auf die Durchführung einer Revision verzichten, wenn sie die notwendigen Schritte für ein Opting-out bis zum 30. Juni unternehmen. [mehr >](#)

**Kolumne aus Brüssel:** Stell dir vor, es sind Wahlen und niemand geht hin...

### Starker Einbruch der Exporte in den ersten vier Monaten

Die Schweizer Aussenwirtschaft wird von der Rezession der Weltwirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Rückgang der Exportleistung betrug in den ersten vier Monaten 13,3 Prozent. [mehr >](#)

### Mehrheiten für grosszügigere Abzüge bei den Aus- und Weiterbildungskosten

Nach dem Ständerat spricht sich auch die Mehrheit der Nationalratskommission für eine breiter bemessene Abzugsfähigkeit der Aus- und Weiterbildungskosten aus. Dies entgegen dem Antrag des Bundesrats und wissenschaftlicher Empfehlungen. [mehr >](#)

### Technische Sicherheit auch ohne zusätzliche Bürokratie

Demnächst berät der Ständerat das Sicherheitskontrollgesetz SKG. Anlässlich der kürzlich durchgeführten Anhörung wurde der Vorschlag grossmehrheitlich abgelehnt. Weil kein Zugewinn an Sicherheit, jedoch vor allem Mehrkosten entstehen, ist dieses Gesetz unnötig. [mehr >](#)

**Schwerpunkte unserer Mitglieder:** Electrosuisse

### Massnahmenpaket der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit

Die Kommission präsentiert im Nachgang des Beschäftigungsgipfels vom Mai dieses Jahres ihre Strategie zur Bekämpfung der Krise auf dem Arbeitsmarkt. Die europäische Wirtschaft wünscht sich eine stärkere Fokussierung auf den Flexicurity-Ansatz. [mehr >](#)

### Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Serbien

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Serbien haben sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt, befinden sich aber noch auf einem relativ bescheidenen Niveau. Mitte Mai diskutieren Regierungs- und Wirtschaftsvertreter Möglichkeiten, den Handel und Direktinvestitionen weiter zu intensivieren. Potenzial gibt es unter anderem im Infrastrukturbereich. [mehr >](#)

**KMU-Portrait:** Jucker Farmart AG – Ländliche Idylle trifft auf modernen Unternehmergeist

### HarmoS: Grundlagen des Lehrplans 21 in der Vernehmlassung

Im Zuge der laufenden Entwicklung der Harmonisierung der Volksschule (HarmoS) sind die Grundlagen für eine detaillierte Ausarbeitung des Deutschschweizer Lehrplans (Lehrplan 21) in der Vernehmlassung. economicsuisse ist mit dem Konzept grundsätzlich einverstanden, sieht aber auch Schwachstellen. [mehr >](#)

### Europäische Banken begrüßen Pläne für eine Stärkung der EU-Finanzmarktaufsicht

Der Europäische Bankenverband befürwortet die Strategie der Kommission für eine Reform der europäischen Finanzmarktaufsicht als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Aufsichtsarchitektur. [mehr >](#)

### OECD: Closing markets closes enterprises!

OECD-Generalsekretär Angel Gurría trat am Symposium „OECD's Response to Global Economic Crisis“ auf und sprach sich für eine engere strategische Zusammenarbeit zwischen der OECD und dem BIAC (Wirtschaftsvertretung bei der OECD) aus. Die enge Kooperation bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise sei ein entscheidender Faktor, um das notwendige Vertrauen in die Globalisierung wiederzugewinnen. [mehr >](#)

### Revision der Schiedsgerichtsordnung der Internationalen Handelskammer (ICC)

Die Internationale Handelskammer ist seit einem knappen Jahrhundert als weltweit führende Institution zur Beilegung von Handelsstreitigkeiten. Der 1923 gegründete Schiedsgerichtshof leistete Pionierarbeit für die Entwicklung des internationalen Handelsschiedswesens. Das Schiedswesen der ICC ist heute weltweit als schnellster Weg zur Beilegung von internationalen Handelsstreitigkeiten anerkannt. [mehr >](#)

Ganzen Newsletter drucken (PDF, 20 Seiten, 0,5 MB)

#### Agenda

- 16.06 Neues Unternehmensjuristengesetz - Werden die Erwartungen erfüllt?
- 10.07 Vernehmlassung: Bundesgesetz über die Unternehmensjuristinnen und -juristen (Unternehmensjuristengesetz, UJG)
- 30.07 Bundesgesetz über den Einkauf von Waren in Zollfreiläden auf Flughäfen
- 11.08 Medienkonferenz: Präsentation einer Studie
- 04.09 Tag der Wirtschaft

#### Publikationen

- » Pressemappe: Milliardenschwere Konjunkturprogramme gefährden Standortattraktivität
- » Sessionsbericht: Zweite Woche der Sommersession 2009
- » Medienmitteilung: Nein zur Verschärfung der Krise (GsoA)
- » Vernehmlassungsantwort: Grundlagen für den Lehrplan 21
- » Sessionsbericht: Erste Woche der Sommersession
- » Vernehmlassungsantwort: Stellungnahme zur Teilrevision der Eisenbahn-Netz Zugangsverordnung
- » Vernehmlassungsantwort: Konsultation zum neuen UNO-Übereinkommen über das Seefrachtvertragsrecht
- » dossierpolitik: Vorschau zur Sommersession 2009
- » Medienmitteilung: Güterverkehrsabkommen verhindert Handelshemmnisse
- » Vernehmlassungsantwort: Revision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes (SchKG): Sanierungsverfahren
- » dossierpolitik: Künftige Finanzierung von Strassen- und Schieneninfrastrukturen
- » dossierpolitik: Finanzkrise: Ursachen und Chronologie der Ereignisse

## Milliardenschwere Konjunkturprogramme gefährden Standortattraktivität

05.06.2009 17:00

**Zusätzliche finanz- und fiskalpolitische Massnahmen haben in der Schweiz nur eine unbefriedigende konjunkturstützende Wirkung. Die Geldpolitik und die automatischen Stabilisatoren sind effektiver. Das zeigt eine Studie von economiesuisse. Ein umfangreiches drittes Konjunkturprogramm würde vor allem die Verschuldung erhöhen und damit der Standortattraktivität der Schweiz schaden.**



economiesuisse setzt sich für eine nachhaltige Wachstumspolitik ein. Zusätzliche Ausgabenprogramme mit fragwürdiger Wirkung lehnt der Wirtschaftsdachverband ab. Hingegen sind vorrangig prozyklische Effekte wie Steuer- und Abgabenerhöhungen zu vermeiden. Die Schweiz befindet sich in der tiefgreifendsten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Arbeitslosenzahlen werden weiter steigen. Der politische Druck für staatliche Interventionen ist entsprechend gross. Die Abfederung dieser schweren Rezession mit geeigneten Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt sowie die

Vermeidung prozyklisch wirkender Steuererhöhungen sind daher angezeigte Schritte, wie Gerold Bühler im Rahmen der Medienkonferenz ausführt. Gleichzeitig gibt der Präsident des Dachverbands der Schweizer Wirtschaft zu bedenken: „Gerade für die Schweiz sind jedoch die finanzpolitische Solidität und die steuerliche Attraktivität von zentraler Bedeutung. Übermässige, nicht finanzierbare Konjunkturprogramme von heute werden übermorgen die Wachstums- und Beschäftigungsaussichten massiv beschneiden.“

economiesuisse-Direktor Pascal Gentinetta betont, dass ein zusätzlicher, zeitlich unbefristeter und unkontrollierter Anstieg der Staats- und Sozialabgaben sowie Strukturermassnahmen nicht zukunftsgerichtet sind. Die gezielte, nachhaltige Stärkung unserer Wettbewerbskraft muss Vorrang haben. „Die anstehenden langfristig ausgerichteten Reformen müssen mit Elan vorangetrieben und der Auslandszugang zu wichtigen Märkten für unsere Unternehmen weiter verbessert werden“, so Gentinetta. Damit sei die Schweiz auch für einen späteren Aufschwung gut gerüstet.

Christoph Schaltegger, Leiter Steuern und Finanzen von economiesuisse, erläutert, dass im heutigen Umfeld der subsidiäre Einsatz der Fiskalpolitik innerhalb der Schuldenbremse gerechtfertigt ist. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass deren Wirkung in der Schweiz begrenzt ist. Grund sind der hohe Offenheitsgrad und die hohe Sparquote unseres Landes. Deshalb sind eine angemessene Geldpolitik und die greifenden automatischen Stabilisatoren effektiver. Grosse Ausgabenprogramme beinhalten zudem Gefahren. „Die Risiken in Form von höheren Schulden, kleinerem Handlungsspielraum beim Budget, drohenden Steuererhöhungen oder Sparprogrammen sowie eines permanent höheren Ausgabenwachstums sind erheblich“, sagt Schaltegger. Allfällige gezielte Massnahmen müssen darum finanzpolitisch zu verantworten sein. Um die Wirtschaft nicht noch mehr zu belasten, ist auch gemäss Schaltegger primär der Verzicht auf Steuer- und Abgabenerhöhungen oder zumindest eine spätere Inkraftsetzung zu prüfen.

Mehr Informationen:



Medienmappe

[urs.rellstab@economiesuisse.ch](mailto:urs.rellstab@economiesuisse.ch)



## Die SGK-S hat sich bei der 11. AHV-Revision verrechnet

05.06.2009 17:00

**Eigentlich war der Auftrag an die 11. AHV-Revision unbestritten: ein erster Schritt zur Sicherung der AHV-Finzen bis 2020. Die Ständeratskommission hat an ihrer letzten Sitzung vom April das Gegenteil erreicht: Sie beschloss Mehrausgaben. Gespart werden soll erst ab 2021.**

Als sich die Ständeratskommission an ihrer Sitzung vom 6. April 2009 mit 5:2 Stimmen bei drei Enthaltungen für eine subventionierte und befristete Frühpensionierung aussprach, stand der Wunsch nach einer sozialen Abfederung im Vordergrund. Der Finanzrahmen wurde nur vage abgesteckt. Die Hälfte der Einsparungen durch die Erhöhung des Frauenrentenalters (781 Mio. Franken) sollte einer sozialen Subventionierung der Frühpensionierung dienen. Mittlerweile hat das Bundesamt für Statistik die Anträge der Kommission ausgerechnet: Sie bescheren der AHV-Rechnung bis 2020 Mehrkosten von insgesamt über 4 Mrd. Franken. Woher diese Sorglosigkeit?

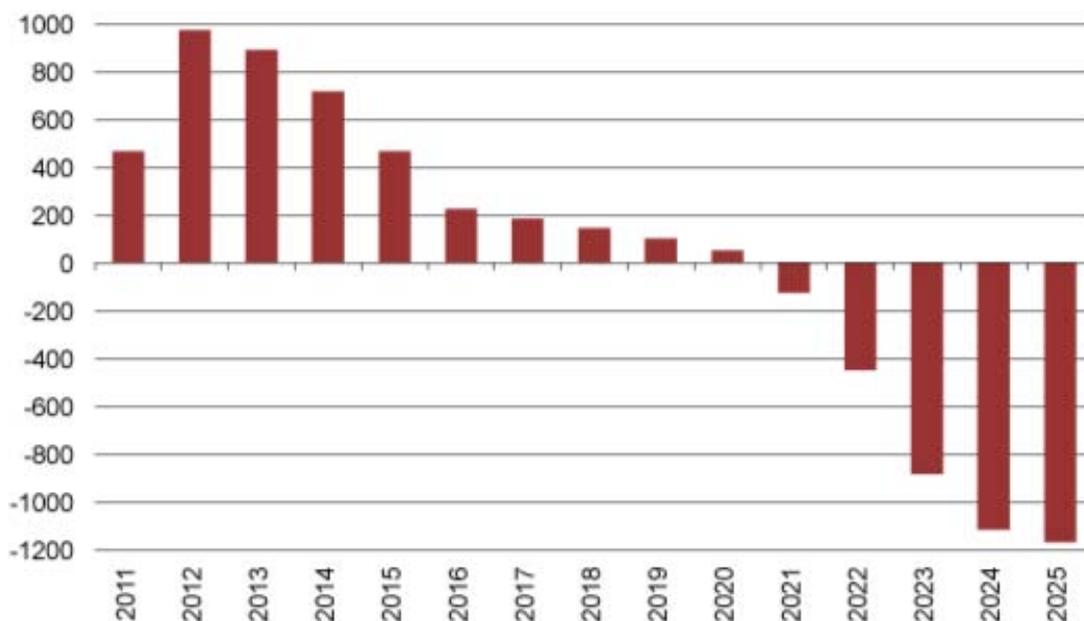
### Sofort ausgeben, übermorgen sparen

Gerechnet hat die Kommission bei ihrem Entscheid wenig. Und aufgrund unterschiedlicher Fristigkeiten hat sie sich damit gründlich verrannt. Während die Abfederung bereits mit Inkrafttreten der Vorlage, also 2011, ihre ausgabentreibende Wirkung entfaltet, fallen die Einsparungen durch die Angleichung des Frauenrentenalters erst nach einer Übergangszeit von vier Jahren an. Dadurch wird die AHV zunächst einmal stärker belastet: 2012 sogar um fast eine Milliarde Franken, 2013 um rund 900 Mio. Franken (siehe Grafik)

### 11. AHV-Revision gemäss SGK-S vom 6.4.2009

#### Auswirkungen auf die Ausgaben im Vergleich zum Status quo

Mittleres Szenario, in Mio. Franken (zu Preisen von 2009)



Quelle: BSV, Mai 2009

### **Rasche soziale Abfederung für fast alle**

Die soziale Abfederung ist breit abgesteckt: Der Rentenvorbezug soll für Einkommen bis 82'000 Franken vergünstigt werden, und zwar für Frauen und Männer (Art. 40ter): Statt einer versicherungstechnisch korrekten Kürzung von 4,6 Prozent für ein Jahr soll der Kürzungssatz 2,3 Prozent betragen. Bei einem zweijährigen Vorbezug soll der Kürzungssatz 4,3 Prozent betragen statt versicherungsmathematisch korrekt 13,6 Prozent. Der Ständerat hat noch weitere Differenzen zum Nationalrat geschaffen: Beim Anpassungsmodus der Renten folgt er weitgehend den Vorschlägen des Bundesrats. Diese entfalten jedoch nur dann eine Wirkung, wenn der Kapitalfonds unter die Deckungslimite von 70 Prozent sinkt. Erstaunlich ist zudem, dass immerhin eine Minderheit – darunter sogar Bürgerliche – eine Beitragserhöhung für Selbstständigerwerbende von 7,8 auf 8,1 Prozent in Erwägung zieht.

### **Nachhaltigkeit jetzt!**

Mit dem SGK-S-Modell würde die AHV zwar langfristig entlastet. Und zwar um ähnlich viel wie im Modell des Bundesrats (Vorruhestandsleistung), aber um 250 Mio. Franken weniger als beim Nationalratsentscheid. Die Nationalratslösung, welche auf Ungleichbehandlungen beim Vorbezug verzichtet, greift ausserdem wesentlich rascher und entlastet die AHV ab 2015. Der Ständerat sollte der Weitsichtigkeit des Nationalrats folgen und das Sparen nicht in die Zukunft verschieben.

Mehr Informationen:

[brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch](mailto:brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch)

## Grafik des Monats: Antizyklische Impulsprogramme im internationalen Vergleich

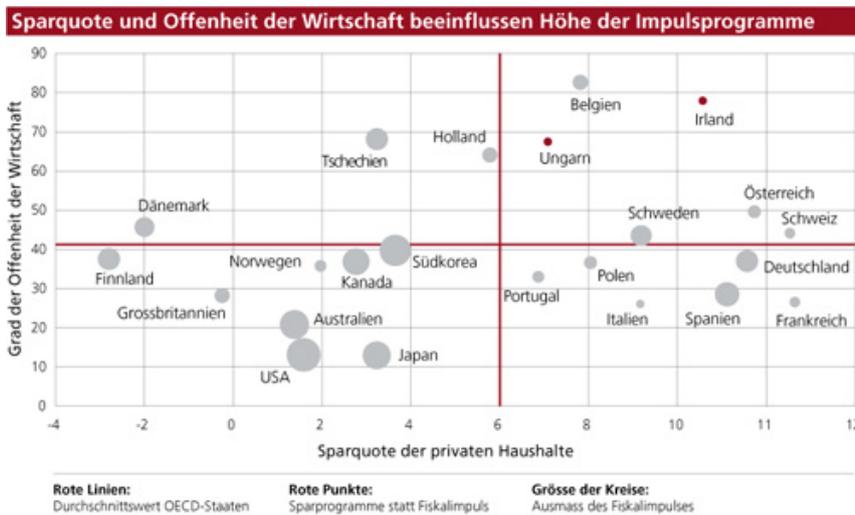
05.05.2009 17:00

**Die Wirkung von Impulsprogrammen hängt unter anderem von der Offenheit der Wirtschaft und der Sparquote der Haushalte ab. Da sich beide Faktoren dämpfend auf zusätzliche Ausgaben oder Steuersenkungen auswirken, machen umfangreiche Ausgabenpakete in einer offenen Wirtschaft mit hoher Sparquote wie der Schweiz keinen Sinn.**

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise haben fast alle 30 Mitgliedstaaten der OECD Impulsprogramme zur Stabilisierung der Konjunktur beschlossen. Bezüglich Ausmass und Zusammensetzung solcher Massnahmen gibt es jedoch beträchtliche Unterschiede. Die Pakete belaufen sich in den Jahren 2008-2010 im Durchschnitt auf 2,5 Prozent des BIP. Die USA weisen mit 5,6 Prozent des BIP das grösste Impulsprogramm auf. In Irland, Island und Ungarn mussten aufgrund der desolaten Lage der öffentlichen Haushalte hingegen Einsparungen und Steuererhöhungen vorgenommen werden.

### Wirkung der Impulsprogramme von vielen Faktoren abhängig

Masse allein erzielt jedoch noch keine Wirkung. Gemäss OECD ist der Effekt von zusätzlichen Ausgaben höher als derjenige von Steuersenkungen. Letztere können aber schneller eine Wirkung entfalten, weil es sich im Gegensatz zu Massnahmen auf der Ausgabenseite nicht um konkrete Projekte handelt, deren Planung diskutiert werden muss. Die Wirkung von Stimulierungsprogrammen wird dann geschwächt, wenn die Sparquote der Haushalte und die Offenheit der Wirtschaft sehr hoch sind. In diesem Fall fliesst ein beträchtlicher Anteil zusätzlichen Geldes als Gegenleistungen für Importe ins Ausland oder wird gespart.



### Die Schweiz eignet sich nicht für umfangreiche Fiskalimpulse

Die Graphik zeigt, welche OECD-Staaten bezüglich Sparquote der Haushalte und Offenheit der Wirtschaft, gemessen als Summe der Exporte und Importe im Verhältnis zum BIP, gute Bedingungen für umfangreiche Programme bieten. Die Grösse der Kreise reflektiert den Umfang der getroffenen Stabilisierungsmassnahmen. Die roten Linien stehen für die Durchschnittswerte der OECD-Staaten. Länder, in denen Stimulierungsprogramme überdurchschnittlich wirksam sind, befinden sich im unteren linken Quadranten. Der obere rechte Quadrant enthält jene Länder, in welchen Konjunkturmassnahmen aufgrund der hohen Sparquote der Haushalte und der Offenheit der Wirtschaft kaum wirksam sind. Aus der Graphik wird ersichtlich, dass der Fiskalimpuls der Länder tendenziell umso umfassender ist, je tiefer die Sparquote und die Offenheit der Wirtschaft sind. Die Schweiz verzeichnete letztes Jahr mit fast 13 Prozent die zweithöchste Sparquote der OECD und gilt als traditionelle Exportnation. Sie eignet sich daher nicht für umfangreiche Fiskalimpulse.

Mehr Informationen:

[martin.weder@economiesuisse.ch](mailto:martin.weder@economiesuisse.ch)



## Reisefreiheit bleibt gewährleistet

25.05.2009 09:55

**Mit 50,1 Prozent hat die Schweizer Stimmbevölkerung am 17. Mai 2009 das revidierte Ausweisgesetz angenommen. Dieses Ja ermöglicht es, den Schweizer Pass auf den aktuellen Stand der Technik zu bringen und dadurch den Schutz vor Fälschungen wesentlich zu verbessern. Der Schutz der persönlichen Daten stellt ein wichtiges Anliegen dar. Wie bisher ist auch bei den biometrischen Pässen dem Datenschutz grösste Bedeutung beizumessen.**

Ein Reisepass macht nur Sinn, wenn er in anderen Ländern auch akzeptiert wird. Mit dem biometrischen Pass ist auch in Zukunft die für unsere international ausgerichtete Wirtschaft wichtige Reisefreiheit gewährleistet. Die Flexibilität von Schweizer Firmenvertretern bei Auslandsreisen bleibt erhalten, zusätzlicher administrativer Aufwand wird vermieden. Das revidierte Ausweisgesetz ermöglicht nicht nur die visumsfreie Einreise in die USA, sondern auch die Einhaltung der Schengen-Bestimmungen. Davon profitieren der Geschäftsreiseverkehr sowie der Tourismus- und Konferenzstandort Schweiz.

Der neue Pass wird am 1. März 2010 eingeführt. Er wird für Erwachsene 140 Franken kosten und 10 Jahre gültig sein. Auch nach dessen Einführung behalten die aktuellen Pässe bis zum Ende ihrer Laufzeit ihre Gültigkeit. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass alle Länder selbständig die Bedingungen für die Einreise festlegen. Sie entscheiden also unter anderem auch, welchen Pass sie unter welchen Bedingungen akzeptieren.

Mehr Informationen:

[peter.flueckiger@economiesuisse.ch](mailto:peter.flueckiger@economiesuisse.ch)



## Verzicht auf Revision: Frist bis 30. Juni 2009 beachten!

05.06.2009 17:00

**Seit Anfang 2008 müssen alle Kapitalgesellschaften und Genossenschaften ihre Jahresrechnungen von einer zugelassenen Revisionsstelle prüfen lassen. Kleine Unternehmen können auf die Durchführung einer Revision verzichten, wenn sie die notwendigen Schritte für ein Opting-out bis zum 30. Juni unternehmen.**

Seit dem 1. Januar 2008 müssen sämtliche Aktiengesellschaften, GmbH und Genossenschaften ihre Jahresrechnungen von einer zugelassenen Revisionsstelle prüfen lassen. Die neuen Bestimmungen sind bereits auf die Jahresrechnung 2008 anwendbar. Gesellschaften, die einer eingeschränkten Revision unterstehen, können jedoch auf die Durchführung einer Revision verzichten. Möglich ist ein solches Opting-out, wenn die Gesellschaft nicht mehr als zehn Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt hat und sämtliche Gesellschafter dem Verzicht zustimmen. Opting-out-Gesellschaften, die von der Möglichkeit eines Opting-out Gebrauch machen wollen, müssen die notwendigen Schritte vor der Gesellschafterversammlung, welche die Jahresrechnung 2008 genehmigt, veranlassen. Die Gesellschafterversammlung muss innerhalb von sechs Monaten seit dem Abschluss der Jahresrechnung stattfinden, sodass das Opting-out noch bis zum 30. Juni 2009 beschlossen werden kann.

Weitere Informationen:

[Mehr zum Thema auf der offiziellen Homepage](#)  
[urs.furrer@economiesuisse.ch](mailto:urs.furrer@economiesuisse.ch)



## Kolumne aus Brüssel: Stell dir vor, es sind Wahlen und niemand geht hin...

05.06.2009 17:00

**Vom 4. bis 7. Juni sind 375 Millionen Bürger dazu aufgerufen, 736 Abgeordnete ins Europaparlament zu wählen. Laut neuesten Umfragen interessieren sich dafür aber immer weniger EU-Bürger.**

Die niedrige Wahlbeteiligung ist ein Dauerproblem bei den Wahlen zum Europäischen Parlament. Sie war seit der ersten Direktwahl von 1979 stets rückläufig, 2004 machten gerade noch 45,5 Prozent der Europäer von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Diese scheinen der Ansicht zu sein, dass die EU-Wahlen für ihr tägliches Leben nicht so wichtig seien – eine Wahrnehmung, die völlig an der Realität vorbeigeht. Seit Maastricht konnte das Parlament mit jeder Vertragsreform einen Machtzuwachs verzeichnen und verfügt mittlerweile über grossen Einfluss im EU-Gesetzgebungsprozess. Daneben spielt das Parlament zusätzlich eine wichtige Rolle bei der Wahl der Kommission und entscheidet mit über die Verwendung der Steuergelder in Brüssel.

Der Wahlkampf in den einzelnen Mitgliedstaaten wird jedoch nach wie vor durch nationale Themen bestimmt, europäische Themen spielen, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Was muss Europa tun, damit in den Mitgliedstaaten heftig diskutierte Themen wie die Frage nach mehr Marktliberalisierung oder mehr Staatseinfluss in Zukunft auch bei Europawahlen debattiert werden?

Laut Umfragen scheinen die Linksparteien übrigens nicht von der Wirtschaftskrise profitieren zu können und es wird erwartet, dass Frankreich dieses Jahr erstmals mehr bürgerliche Abgeordnete nach Brüssel senden wird als Sozialisten.

Mehr Informationen:

[francois.baur@economiesuisse.ch](mailto:francois.baur@economiesuisse.ch)



## Starker Einbruch der Exporte in den ersten vier Monaten

05.06.2009 17:00

**Die Schweizer Aussenwirtschaft wird von der Rezession der Weltwirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Rückgang der Exportleistung betrug in den ersten vier Monaten 13.3 Prozent.**

Besonders hart betroffen vom Exporteinbruch sind die Metall- (-37%), Kunststoff- (-26%), Elektro- und Maschinen- (-23%), Papier- und Graphische (- 21%) und die Uhrenindustrie (-24%). Allein im April gingen die Exporte gegenüber dem Vorjahr um 17.5 Prozent zurück. Allerdings ist zu beachten, dass die erste Jahreshälfte 2008 durch einen Exportboom gekennzeichnet war. Ausserdem fällt der Rückgang im April arbeitstagebereinigt mit 9 Prozent wesentlich schwächer aus. Trotz den negativen Zahlen weisen die Daten darauf hin, dass sich die Fallgeschwindigkeit des Schweizer Aussenhandels im April verlangsamt hat.

Bei der Betrachtung nach Regionen fällt auf, dass der Rückgang der Exporte nach Europa doppelt so stark ist wie derjenige nach Asien. Einzelne Länder wie Japan, Singapur, Saudi Arabien und Kanada importierten im April sogar mehr aus der Schweiz als im Vorjahr.

Diese Entwicklung unterstreicht die grosse strategische Bedeutung von Freihandelsabkommen. Diese bilateralen Wirtschaftsverträge verschaffen den Schweizer Unternehmen einen besseren Marktzugang in Ländern ausserhalb Europas. So wird das Freihandelsabkommen (FHA) mit Kanada bereits per 1. Juli in Kraft gesetzt, das FHA mit Japan in der zweiten Jahreshälfte. Mit Indien laufen die Verhandlungen, mit China dürften in der zweiten Jahreshälfte solche aufgenommen werden.

Mehr Informationen:

[peter.flueckiger@economiesuisse.ch](mailto:peter.flueckiger@economiesuisse.ch)



## Mehrheiten für grosszügigere Abzüge bei den Aus- und Weiterbildungskosten

07.06.2009 17:00

**Nach dem Ständerat spricht sich auch die Mehrheit der Nationalratskommission für eine breiter bemessene Abzugsfähigkeit der Aus- und Weiterbildungskosten aus. Dies entgegen dem Antrag des Bundesrats und wissenschaftlicher Empfehlungen.**

Ständige berufliche Weiterbildung ist nicht nur für jede und jeden Arbeitnehmer ein wichtiger Erfolgsfaktor. Auch die gesamte Volkswirtschaft profitiert von gut ausgebildeten Fachkräften. Aus diesem Grund befürwortet der Ständerat und die Mehrheit der Nationalratskommission, dass künftig auch Kosten für Ausbildungen abziehbar sind, welche zu einem Berufsaufstieg oder einer beruflichen Neuorientierung befähigen. Die Abzugsfähigkeit der Kosten soll in allen Kantonen einheitlich gehandhabt werden. Mit 15 zu 3 Stimmen hat die Nationalratskommission Ende April 2009 einer ständerätlichen Motion „Korrekte steuerliche Behandlung der Aus- und Weiterbildungskosten“ (08.3450) zugestimmt.

### **Heutige Regelung uneinheitlich und kompliziert**

Gemäss geltender Regelung sind Weiterbildungskosten nur dann steuerlich abziehbar, wenn sie in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Beruf stehen und sich daher als „Gewinnungskosten“ qualifizieren. In den Kantonen wird die Beurteilung der Abzugsfähigkeit aber recht unterschiedlich gehandhabt, was Rechtsunsicherheit und Ungleichbehandlungen mit sich bringt. Die Ständeratsmotion, welche die Regelung im Steuerharmonisierungsgesetz regelt, wirkt auf eine breitere Auslegung hin: Neu sollen auch Weiterbildungsmassnahmen, die dem Berufsaufstieg, der Umschulung oder dem Wiedereinstieg dienen bis zu einer betragsmässigen Obergrenze abzugsfähig sein. Separate Standesinitiativen aus St. Gallen und Glarus, welche die Wiedereinführung eines Ausbildungsabzugs auch für die Erstausbildung unterhaltspflichtiger Kinder forderten, wurden hingegen primär aus finanzpolitischen Überlegungen abgelehnt.

### **Mehr Effizienz gefordert**

In der Stellungnahme vom September 2008 beurteilte der Bundesrat die Motion skeptisch und empfahl die Abänderung der Motion in einen Prüfungsauftrag. Wissenschaftlichen Studien zufolge wird die erweiterte Abzugsfähigkeit als wenig effektiv beurteilt, denn sie führe primär zu Mitnahmeeffekten. Die dadurch entstehenden Mindereinnahmen werden auf rund 50 Mio. Franken beziffert. Die Mindereinnahmen aufgrund der geltenden Ordnung belaufen sich auf gut 80 Mio. Franken. Noch offen ist, inwieweit diese neue Regelung in das Konzept der Weiterbildungspolitik passen würde. Die Ausarbeitung der Leitlinien für die Umsetzung des Weiterbildungsartikels 64a der Bundesverfassung steht jedenfalls noch aus.

Mehr Informationen:

[brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch](mailto:brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch)



## Technische Sicherheit auch ohne zusätzliche Bürokratie

05.06.2009 17:00

**Demnächst berät der Ständerat das Sicherheitskontrollgesetz SKG. Anlässlich der kürzlich durchgeführten Anhörung wurde der Vorschlag grossmehrheitlich abgelehnt. Weil kein Zugewinn an Sicherheit, jedoch vor allem Mehrkosten entstehen, ist dieses Gesetz unnötig.**

Das SKG ist im Wesentlichen eine Neuaufbereitung des bereits in der öffentlichen Vernehmlassung von 2001 gescheiterten Entwurfs für ein Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit. Es soll die Verfahren zur Kontrolle und Prüfung der technischen Sicherheit regeln. Nebst dem neuen Erlass sollen Änderungen in zahlreichen Spezialgesetzen vorgenommen werden. Dadurch werden nahezu alle Infrastrukturbereiche erfasst, die ganz oder teilweise der Aufsicht von Ämtern des UVEK unterstehen. Dazu zählen Kernanlagen, elektrische Anlagen, öffentlicher Verkehr, Luftfahrt, Rohrleitungen, Stauanlagen. Laut Botschaft soll das Gesetz dazu beitragen, den ständig steigenden Anforderungen an technische Sicherheitsstandards gerecht zu werden.

Ohne Not und ohne nachweisbaren Handlungsbedarf soll die Kontrolle der höchst unterschiedlichen Infrastrukturbereiche über einen Leisten geschlagen werden. Mit diesem unzweckmässigen und nicht nachvollziehbaren Vorgehen wird jedoch die technische Sicherheit weder verbessert noch erhöht. Zudem werden die Verfahren und Abläufe massiv verkompliziert. Mehr Beteiligte und als Folge davon mehr Schnittstellen führen zu unverhältnismässig längeren Bewilligungsverfahren. Die Pflicht, Sicherheitserklärungen und –bescheinigungen stets gleichzeitig bei Genehmigungs-, und Aufsichtsbehörde einzureichen, führt zu einer höheren Bürokratisierung der Sicherheitsaufsicht mit erheblichen Mehrkosten für die Wirtschaft. Diese Vorhaben muss klar abgelehnt werden.

Mehr Informationen:

[urs.naef@economiesuisse.ch](mailto:urs.naef@economiesuisse.ch)



## Schwerpunkte unserer Mitglieder: Electrosuisse

05.06.2009 17:00

**Electrosuisse ist die Fachorganisation für Elektro-, Energie- und Informationstechnik.**



Electrosuisse ist die anerkannte Fachorganisation auf dem Gebiet der Elektro-, Energie- und Informationstechnik. Dem Verband gehören rund 6100 Mitglieder (Ingenieure, Berufsfachleute, Studierende, Wissenschaftler/innen, EVU, Industrie, Verbände, Hoch- und Fachhochschulen, Institutionen) an. Electrosuisse bietet Dienstleistungen für die gesamte Elektrobranche an wie Beratung, Prüfen,

Zertifizieren und Weiterbildung. Sie setzt sich für die Förderung der sicheren, zuverlässigen, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Erzeugung und Nutzung der Elektrizität ein. Dazu vertritt Electrosuisse die Schweizer Wirtschaft im Bereich der Elektrotechnik in den internationalen Normungs- und Zertifizierungsgremien und führt im Auftrag des Bundes das Eidgenössische Starkstrominspektorat (ESTI). Electrosuisse beschäftigt am Hauptsitz Fehraltorf und am Standort Lausanne 210 Mitarbeitende und erzielt einen Umsatz von 43 Mio. Franken.

Weitere Informationen:

[Homepage electrosuisse](#)



## Massnahmenpaket der Europäischen Kommission zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit

05.06.2009 17:00

**Die Kommission präsentiert im Nachgang des Beschäftigungsgipfels vom Mai 2009 ihre Strategie zur Bekämpfung der Krise auf den Arbeitsmarkt. Die europäische Wirtschaft wünscht sich eine stärkere Fokussierung auf den Flexicurity-Ansatz.**

Die Kommission will der Krise auf drei Ebenen begegnen: Ein erstes Massnahmenpaket zielt auf den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie auf eine Erhöhung der Mobilität der Arbeitnehmer. Darunter fällt die bessere Nutzung von Kurzarbeitszeit oder die Schaffung unternehmerfreundlicher Rahmenbedingungen. Weiter will die Kommission die Kompetenzen der Arbeitnehmer ausweiten und diese besser an die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt anpassen. Insbesondere junge Menschen sollen Unterstützung erhalten. Schliesslich ist eine Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt vorgesehen, etwa durch die Senkung der Einstellungskosten für Arbeitgeber oder durch die Reduzierung arbeitshemmender Faktoren wie ungünstiger Steueranreize oder Sozialleistungssysteme.

Zur Finanzierung dieser Massnahmen – gerechnet wird mit ca. 19 Mrd. EUR für die Jahre 2009-2010 – plant die Kommission den Zugang zum Europäischen Sozialfond zu vereinfachen. Beispielsweise sollen Projekte zu 100 % aus dem Fond vergütet und die Pflicht zur Kofinanzierung eines Anteils durch die Mitgliedstaaten aufgehoben werden. Die Mitgliedstaaten werden die Vorschläge an der Tagung des Europäischen Rates vom 18. – 19. Juni diskutieren.

In einer ersten Reaktion warnt BusinessEurope vor allzu weitreichenden Regulierungen, beispielsweise bezüglich der Kurzarbeit. Der europäische Wirtschaftsverband wünscht sich dagegen eine stärkere Fokussierung auf den Flexicurity-Ansatz. Die von der Kommission vorgesehenen Massnahmen zur Förderung des Unternehmertums, zur Reduktion der Arbeitsnebenkosten sowie die Vorschläge für bessere Regulierungen werden hingegen begrüsst. Auch der Vorschlag zur Vergabe von Kleinstkrediten an Unternehmen stösst auf Zustimmung.

Weitere Informationen:

[Mitteilung Kommission](#)

[iris.grob@economiesuisse.ch](mailto:iris.grob@economiesuisse.ch)



## Wirtschaftsbeziehungen Schweiz-Serbien

05.06.2009 17:00

**Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und Serbien haben sich in den letzten Jahren dynamisch entwickelt, befinden sich aber noch auf einem relativ bescheidenen Niveau. Mitte Mai diskutierten Regierungs- und Wirtschaftsvertreter Möglichkeiten, den Handel und Direktinvestitionen weiter zu intensivieren. Potential gibt es unter anderem im Infrastrukturbereich.**

Nach mehreren Jahren mit einem hohen Wachstum von durchschnittlich 7 Prozent bleibt auch Serbien nicht von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise verschont. Prognosen gehen für das laufende Jahr von einem Negativwachstum von 2 Prozent aus. Neben Einsparungen bei administrativen Aufgaben und Massnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors setzt die serbische Regierung primär auf Marktöffnungen zur Bekämpfung der Krise: Es laufen Beitrittsverhandlungen zur Welthandelsorganisation WTO und Ende April 2009 hat die erste Verhandlungsrunde für ein Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Serbien stattgefunden.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich dynamisch. Schweizer Exporte nach Serbien nahmen im Jahr 2008 um 13 Prozent, Importe aus Serbien gar um 42 Prozent zu. Mit einem Umfang von 260 Mio. (Exporte) respektive 60 Mio. Franken (Importe) befindet sich der Warenhandel aber noch auf einem relativ bescheidenen Niveau. Gleiches gilt für die schweizerischen Direktinvestitionen, die sich insgesamt im mittleren dreistelligen Millionenbereich bewegen. Im Rahmen der gemischten Kommission vom 11. Mai 2009 in Belgrad diskutierten Regierungs- und Wirtschaftsvertreter der beiden Länder, wie der Wirtschaftsaustausch weiter intensiviert werden könnte. Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten für Schweizer Firmen bestehen vor allem im Bereich des Infrastrukturbaus. Zu denken ist beispielsweise an die Modernisierung des serbischen Schienen- und Strassennetzes, den Energiesektor, den Gesundheitsbereich oder die Umwelttechnik.

Mehr Informationen:

[peter.flueckiger@economiesuisse.ch](mailto:peter.flueckiger@economiesuisse.ch)



economiesuisse

## KMU-Portrait: Jucker Farmart AG – Ländliche Idylle trifft auf modernen Unternehmergeist

05.06.2009 17:00

**Dass unternehmerische Innovation nicht zwingend aus dem Bereich der Nanotechnologie kommen muss, zeigt das Beispiel der 1997 gegründeten Jucker Farmart AG aus Seegräben. Die Brüder Jucker machten aus ihrem Bauernhof einen erlebnisorientierten Gastrobetrieb, der jährlich über eine halbe Million Besucher zählt und auch in schwierigen Zeiten Umsatzsteigerungen verbuchen kann.**

Zürich um 3.00 Uhr morgens am 20. November 2008: Während die Bevölkerung schläft, fährt ein Traktor Richtung Bahnhofstrasse Zürich. Im Anhänger des Traktors befinden sich 20 Tonnen Kürbisse, die in einer Blitzaktion allesamt auf der Pestalozziwiese verteilt werden. Am nächsten Morgen staunen die Zürcher nicht schlecht, die Kürbisse werden zum Stadtgespräch. Ist das eine Form von modernem Marketing? Laut Initiant Martin Jucker handelte es sich lediglich um ein Geschenk an die Stadt, um der globalen Rezession entgegenzuwirken. Dennoch lässt sich eine gewisse Vermarktungsabsicht bei dieser Schenkungsaktion nicht abstreiten.

Dabei fing alles so klein an. In den späten 90er-Jahren kam die Familie Jucker zum Schluss, dass die traditionelle Landwirtschaft nicht genug hergibt, um das längerfristige Überleben des Hofes zu gewährleisten. Da der Landwirtschaftsbetrieb nicht genügend Arbeit abverlangte, um alle Familienmitglieder vollumfänglich zu beschäftigen, fing die Familie an, mit neuen Produkten zu experimentieren. Nach etlichen unternehmerischen Fehlversuchen, versuchten die Brüder Jucker mit dem Anbau von Kürbissen eine Marktnische zu erschliessen. Ihre erste „Kürbisausstellung“ im Jahr 1997 sollte die Vermarktung antreiben und wurde nicht zuletzt aufgrund ihrer ästhetischen Qualitäten zu einem riesigen Erfolg für die Bauern aus Seegräben.



Von da an ging es aufwärts für den Familienbetrieb; nicht nur, dass ihre Kürbispyramide zwei Jahre später mit einem Eintrag in Guinness Buch der Rekorde gewürdigt wurde, die erlebnisorientierte Vermarktung ihrer eigenen landwirtschaftlichen Produkte brachte ihnen im Jahr 2000 den zweiten

Platz beim Swiss Economic Award ein. Heute sind Kürbisse zwar immer noch ein Kerngeschäft von Jucker Farmart (der Marktanteil in der Schweiz beträgt 60 Prozent), allerdings sind inzwischen diverse andere saisonale Produkte wie Spargeln und Erdbeeren dazugekommen. Laut Martin Jucker bilden die Produkte den Ausgangspunkt ihrer Geschäftstätigkeit, die Vermarktung in ihren eigenen Hofläden sowie Restaurants aus der Region sei sozusagen um den Kürbis herum gewachsen. Die Erlebnis-Bauernhöfe in Seegräben und Jona sind mit vielen Attraktionen wie Streichelzoo, Schlagerpartys und Kindernachmittage zu einem beliebten Ausflugsziel für die ganze Familie geworden, ausserdem werden in den eigens dafür erbauten Lokalitäten über 400 Events pro Jahr organisiert.



Mit über 100 Angestellten ist die Jucker Farmart AG wie eine moderne KMU organisiert und unterhält neben Landwirten auch Marketingexperten und Eventmanager. Das Zusammenspiel von landwirtschaftlichem Betrieb, Hofläden, Restaurants und Event-Agentur ist gemäss der Aussage von Martin Jucker das besondere Merkmal der Jucker Farmart AG. Dabei habe die Qualität der hofeigenen Produkte die oberste Priorität. Der Erfolg gibt ihm Recht, und es bleibt zu hoffen, dass die KMU in Zukunft ebenso gedeihen wird wie der Kürbis auf dem Acker.



## HarmoS: Grundlagen des Lehrplans 21 in der Vernehmlassung

05.06.2009 17:00

**Im Zuge der laufenden Entwicklung der Harmonisierung der Volksschule (HarmoS) sind die Grundlagen für eine detaillierte Ausarbeitung des deutschschweizer Lehrplans (Lehrplan 21) in der Vernehmlassung. economiesuisse ist mit dem Konzept grundsätzlich einverstanden, sieht aber auch Schwachstellen.**

So soll der Anteil der Mathematik gekürzt werden, während gleichzeitig die Musik stärkeres Gewicht bekommt. economiesuisse lehnt dies ab. Die Schweizer Wirtschaft hat bereits seit längerem das Problem, genügend qualifizierte Arbeitskräfte – insbesondere in Technik und Naturwissenschaften – zu finden. Die Volksschule muss deshalb schon frühzeitig den Schwerpunkt auf die sogenannten „harten“ Fächer setzen. Dies betrifft insbesondere den Primarschulbereich, wo mangelndes Interesse und Verständnis für technische und mathematische Fächer oftmals selbst bei den Lehrern zu erkennen ist.

Gemäss der Auffassung von economiesuisse sollte die primäre Aufgabe der Volksschule (aber auch der Bildung generell) das Lehren eines Handwerks bzw. die Wissensvermittlung sein. Klare Lernziele müssen so bestimmt werden, dass sie sich an den Kantonen mit den höchsten Zielniveaus orientieren. economiesuisse sieht in HarmoS eine grosse Chance, das Schweizer Bildungssystem durch einheitliche und harmonisierte Lernziele einerseits und einer (gewissen) föderalistischen Ausgestaltung andererseits von sich selber lernen zu lassen. Durch die Bestimmung derjenigen Kantone, welche die Ziele besonders gut erreichen, kann periodisch eine Art „best practice“ vorgeschlagen werden, die den „schwächeren“ Kantonen als Orientierung dient.

economiesuisse bittet darum, dass geplante Änderungen zum jetzigen Schulsystem besser begründet werden. Reformen machen nur dann Sinn, wenn der Status quo zu Missständen führt oder wenn Ziele nicht erreicht werden. Was sind die Ziele der Bildung in der Volksschule? Wo liegen die Missstände bzw. inwiefern werden diese Ziele nicht erreicht? Führen die Reformen zu einer besseren Zielerreichung? Diese Fragen müssen gestellt und beantwortet werden. Dies ist nicht nur für eine adäquate Beurteilung sämtlicher Reformen von Wichtigkeit, sondern ebenfalls für eine breite Zustimmung der Bevölkerung und Parteien entscheidend.

Weitere Informationen:

[rudolf.minsch@economiesuisse.ch](mailto:rudolf.minsch@economiesuisse.ch)

[philipp.bauer@economiesuisse.ch](mailto:philipp.bauer@economiesuisse.ch)



## Europäische Banken begrüssen Pläne für eine Stärkung der EU- Finanzmarktaufsicht

05.06.2009 17:00

**Der Europäische Bankenverband befürwortet die Strategie der Kommission für eine Reform der europäischen Finanzmarktaufsicht als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Aufsichtsarchitektur.**

In Bezug auf den für die Überwachung der Stabilität des Finanzsystems insgesamt zuständigen Europäischen Rat für Systemrisiken (ESRC) äussert der Europäische Bankenverein Bedenken. Es stellt sich die Frage ob ein Rat mit solch einer hohen Zahl von stimmberechtigten Mitgliedern funktionieren kann. Die geplanten Massnahmen auf der Mikroebene zur besseren Überwachung einzelner Finanzinstitute werden dagegen uneingeschränkt befürwortet. Vorgesehen ist hier die Bildung dreier neuer Europäischer Aufsichtsbehörden, welche in einem Netzverbund mit den nationalen Finanzaufsichtsbehörden die Kontrolle über einzelne Finanzinstitute gewährleisten sollen. Damit soll insbesondere Problemen bei grenzübergreifend tätigen Unternehmen besser begegnet werden können. Der Europäische Bankenverband äusserte sich jedoch enttäuscht darüber, dass die entsprechenden Verbände nicht als Mitglieder der neuen Gremien vorgesehen sind.

Längerfristig wünscht sich der europäische Bankenverband eine noch stärkere Bündelung der Aufsichtskompetenzen auf EU-Ebene und begrüsst die jetzt auf dem Tisch liegenden Kommissionsvorschläge, welche im Wesentlichen eine Verbesserung der Kooperation zwischen den nationalen Aufsehern anstreben, als wichtigen Schritt in diese Richtung. Eine europäische Aufsicht hat nach Einschätzung der Kommission aber keine Chance realisiert zu werden. Die Mitgliedstaaten wehren sich dagegen, weil sie im Fall einer Bankenpleite mit dem Geld ihrer Steuerzahler einspringen müssen. Die europäischen Banken mahnen weiter, dass die Regulierung des europäischen Finanzsektors nicht zu einer Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit führen darf und dass das Modell der Universalbank nicht angetastet werden soll.

Mehr Informationen:

[iris.grob@economiesuisse.ch](mailto:iris.grob@economiesuisse.ch)



economiesuisse

## OECD: Closing markets closes enterprises!

05.06.2009 17:00

**OECD-Generalsekretär Angel Gurría trat am Symposium „OECD’s Response to Global Economic Crisis“ auf und sprach sich für eine engere strategische Zusammenarbeit zwischen der OECD und dem BIAC (Wirtschaftsvertretung bei der OECD) aus. Die enge Kooperation bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise sei ein entscheidender Faktor um das notwendige Vertrauen in die Globalisierung wieder zu gewinnen.**

Im BIAC (Business and Industrial Advisory Committee to the OECD) sind die Wirtschaftsverbände der OECD zusammengefasst und können ihre Interessen direkt in die Entscheidungsfindung der OECD einbringen. Von economiesuisse nominierte Experten nehmen dabei wichtige Rollen ein. Gemäss der Aussage von Gurría im Vorfeld der BIAC-Generalversammlung in Lissabon am 21. Mai 2009 soll diese Zusammenarbeit strategisch verstärkt werden. Mit dem klaren Statement „closing markets closes enterprises“ wandte er sich entschieden gegen den wachsenden Protektionismus und forderte die bereit liegende „Doha-Frucht“ zu pflücken.



In der Panel-Diskussion „Global economic growth: how deep will it fall and when will it bounce back?“ unter der Leitung von Stefan Mumenthaler (Novartis) wurde ein Abflachen des Abwärtstrends im Sommer 2009 und eine Rückkehr zu Wachstum ab 2010 prognostiziert; noch optimistischer zeigten sich dabei die Vertreter aus Indien und Brasilien, welche für eine raschere Erholung der Wirtschaft plädierten. economiesuisse-Vorstandsmitglied David Frick (Nestlé) betonte bei seiner Intervention die positiven Wirkungen verantwortungsvoller Unternehmensführung aber auch die Wichtigkeit der Einhaltung rechtlicher Verpflichtungen. Dies gelte nicht nur für die Privatwirtschaft sondern auch für die einzelnen Länder.

Weitere Informationen:

[thomas.pletscher@economiesuisse.ch](mailto:thomas.pletscher@economiesuisse.ch)

## Revision der Schiedsgerichtsordnung der Internationalen Handelskammer (ICC)

06.05.2009 17:00

**Die Internationale Handelskammer ist seit einem knappen Jahrhundert als weltweit führende Institution zur Beilegung von Handelsstreitigkeiten. Der 1923 gegründete Schiedsgerichtshof leistete Pionierarbeit für die Entwicklung des internationalen Handelsschiedswesens. Das Schiedswesen der ICC ist heute weltweit als schnellster Weg zur Beilegung von internationalen Handelsstreitigkeiten anerkannt.**



Die ICC hat beschlossen, ihre Schiedsgerichtsordnung zu überarbeiten, um effizient zu bleiben und sich gegenüber der Konkurrenz zu behaupten. Die dazu eingesetzte Arbeitsgruppe hat die Aufgabe, alle von den Nationalkomitees, den ICC-Mitgliedern und den Nutzern der Schiedsgerichtsbarkeit der ICC eingereichten Vorschläge zu prüfen und zu entscheiden, ob Änderungen der Schiedsgerichtsordnung notwendig bzw. sinnvoll sind und schliesslich entsprechende Empfehlungen zu verfassen. In der Schweiz besitzt das Schiedswesen der ICC eine besondere Bedeutung: Letztes Jahr fanden in der Schweiz 83 Schiedsverfahren statt, 152 schweizerische Schiedsrichter wurden in ICC-Angelegenheiten ernannt, und auf Verlangen des Schiedsgerichtshofs schlug ICC Switzerland 39 Einzel-Schiedsrichter oder Vorsitzende vor.

ICC Switzerland hat am 18. Mai 2009 einen Workshop organisiert. Bei dieser Gelegenheit unterbreitete die renommierte Schiedsrichterin Francesca Mazza, Vertreterin des Sekretariats des Schiedsgerichtshofs und Sekretärin der Schiedsgerichtskommission der ICC, ihre Vorschläge. Leiter des Workshops war Bernhard Meyer, Präsident der Schweizerischen Schiedsgerichtskommission. Nach Auffassung der Schweizer Experten ist eine Revision der Schiedsgerichtsordnung nicht notwendig; eine Revision könnte allenfalls Korrekturen der Vertraulichkeitsklausel und des Appendizes betreffen, besonders in puncto Begleichung der Honorare und Kostenvorschüsse.

Weitere Information:

[arbitrage@icc-switzerland.ch](mailto:arbitrage@icc-switzerland.ch)